

Mitglieder der Regionalkonferenz Südranden

Martina Munz
Fernsichtstrasse 21
8215 Hallau
munz@shinternet.ch

An den
Präsidenten
des Kantonsrates
Rathaus
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 23. Januar 2012

Postulat

Atommüll-Regionen fordern Partizipation

Der Regierungsrat wird eingeladen beim Bundesamt für Energie (BfE) einzufordern, dass im Rahmen der regionalen Partizipation der Atommülllager-Regionen 2013 ein Synthesebericht über die „Sozioökonomisch-ökologischen Wirkungsstudien und Entwicklungsstrategien“ (SÖW) erstellt wird, unter Einbezug der Zusatzfragen der Regionalkonferenzen und der Imagestudie der Kantone.

Begründung

Das BfE hat der Bevölkerung Partizipation versprochen. Diese Partizipation muss jetzt eingefordert werden.

Für eine Region kann ein Atommüll-Lager zum einem dauernden Imageverlust führen. Aus diesem Grund hat der Kanton Schaffhausen eine „Studie zur Abschätzung der sozioökonomischen Effekte im Kanton Schaffhausen“ erarbeiten lassen. Das Resultat dieser Studie zeigt in aller Deutlichkeit die negative Wirkung eines Atommüll-Lagers für den Kanton Schaffhausen auf.

Die Regionalkonferenzen haben die Möglichkeit, bezüglich der SÖW Zusatzfragen zu stellen. Die Regionalkonferenz Südranden hat davon Gebrauch gemacht und hat an ihrer Gründungsversammlung als Zusatzfrage eine Studie zur Imagewirkung eines Tiefenlagers verlangt. Sie nimmt damit direkt die Interessen des Kantons Schaffhausen wahr. Auch für den Ausschuss der Kantone (AdK) ist diese Forderung von überragender Bedeutung. Die betroffenen Kantone gaben deshalb ebenfalls eine Imagestudie in Auftrag.

Trotz dieser deutlichen Forderungen der Regionalkonferenz sowie der Kantone ist das BfE bis heute nicht bereit, die Imagewirkung auf Branchen, Unternehmen und Attraktivität des Wohnstandortes in die SÖW-Wirkungsanalyse einzubeziehen und für diese Erarbeitung und Untersuchung, insbesondere der Zusatzfragen der Regionalkonferenzen, angemessene Mittel einzusetzen. Es will die Imagestudien erst in einem späteren Zeitpunkt, nämlich im Rahmen der regionalen Entwicklungsstrategie, einbeziehen. In dieser Phase geht es konkret um Abgeltungszahlungen und Massnahmen für Standorte, die vom Atommüll-Lager betroffen sind. Den Standortregionen wird damit verwehrt im Rahmen der regionalen Partizipation Etappe 2 das umfassende Gesamtergebnis der SÖW zu beurteilen. Dieses Vorgehen ist inakzeptabel und mit einer Partizipation nicht vereinbar.

Die Regierung ist somit aufgefordert, beim BfE den Forderungen der Regionalkonferenz Nachdruck zu verleihen und einen umfassenden Synthesebericht zur SÖW zu verlangen. Dieser muss sowohl die Zusatzfragen der Regionalkonferenzen als auch die Imagestudie der Kantone beinhalten.